

Verlag: Dresden
Anzahl: In Dresden Stadt u. Umgeb. 10 Pf.
außerhalb 15 Pf.



Der Freieitskampf

Amliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Es das die seinen Verteilungsgebiet beziehungsweise bestimmte Blatt zur Veroffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehoerden, der Verwaltungsgerichte, der Landesfinanzamter, der Finanzamter, des Hauptstaatsamtes, der Zollverwaltungsstellen, der Reichsaemter und der Provinzialstellen

Wochenpreis: monatl. 2,40 RM (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag f. den Zeitungsleser)
Tagespreis: 10 Pf. (einschl. 1 Pf. Vertriebszuschlag)
Anzahl: In Dresden Stadt u. Umgeb. 10 Pf.
außerhalb 15 Pf.

Nr. 234. Sonnabend, 22. August 1936

Anzahlpreis: 12. zahl. Protok. Nr. 13. Ausgabezahl, am Tage vor Erscheinen 15 Pf.,
f. d. Sonntagsausgabe freierfalls 17 Pf., f. d. Monatsausgabe, einschließlich 15 Pf.
Verlag: Nationalsozialistischer Verlag, f. d. Gau Sachsen, Dresden, L.
Reichsplatz 10. Vertriebsstelle Dresden 10175. Gehaltsz. 8-16 Uhr. Betriebsz.
Sachbearbeitung 11-12 Uhr außer Sonnabends. Fernruf: Schmeißel 25891 u. 25281

Protestschritte in Moskau und Madrid

Cot schickt weiter Flugzeuge nach Spanien - Zuchthaus für einen perversen Klostermann

Die Schattenregierung Giral

Lissabon, 21. August

Die letzten Nachrichten aus Spanien erwecken den Eindruck, daß die Siegesmeldungen, die die Madrider Regierung während der letzten Tage so fleißig verbreitete, nur eine Art Verzweiflungsmasche waren, um über den vollständigen Schwund ihrer Autorität hinwegzutäuschen.

Sie zeichneten die Lage in der spanischen Hauptstadt etwa folgendermaßen: Die Regierung Giral existiert nur noch dem Namen nach, Offenbar läßt man sie noch bestehen, weil das Vorhandensein eines Kabinetts, in dem linksbürgerliche Elemente vertreten sind, dem Ausland gegenüber als Tarnung des Bolschewismus erwünscht ist.

Jetzt sind in verschiedenen Ministerien bereits ganz offen revolutionäre Kontrollkommissionen gebildet worden, die die Arbeit der Regierung genau überwachen. Die Regierung hat ihre Selbstbestimmungsrechte damit eingebüßt.

Wirkungsschießungen Nacht für Nacht

Das zeigt sich auch darin, daß trotz ihrer papierenen Erlasse in Madrid noch immer jede Nacht zahlreiche rechtsstehende Personen, meistens von anarchistischen Milizsoldaten, aus den Wohnungen geholt und an Ort und Stelle oder an einem entlegenen Platz erschossen werden.

Da die Regierung durch Dekret die Pförtner der Privathäuser angewiesen hat, die Haustüren nach 11 Uhr abends aus keinen Fall zu öffnen und da ferner auch die Nachtwächter ihren Dienst einstellen mußten, ist ein Eindringen in die Häuser zwar erschwert, jedoch nicht unmöglich gemacht worden. Die Anordnung der Regierung, daß Hausdurchsuchungen und Verhaftungen nur von Beamten der ordentlichen Polizei vorgenommen werden dürfen, wird von den revolutionären Umkämpfern, wenn alle anderen Mittel versagen, durch Verkleidung ihrer Leute als Polizeibeamte umgangen.

Weitere Mitteilungen über die schrecklichen Blutvergießen der bolschewistischen Banden machte der nationalsozialistische General de Llano über den Sender Sevilla. Er behauptete, seit dem Ausbruch des Bürgerkrieges seien in Madrid bereits 7000 politisch Andersdenkende durch die Regierung und die Bolschewisten ermordet worden. Wenn man in den ausländischen Staaten, die eine unverhohlene Sympathie mit der Madrider Linken zur Schau tragen, diese Angaben als subjektiv gefärbt abtun will, dann seien solche besonders kritischen Geister auf die gewiß unverfängliche Schilderung hingewiesen, die zwei englische Bergwerksbeamte im Daily Telegraph von ihren Erlebnissen geben. Die beiden Männer gehörten zu der Gruppe von Engländern, die mehrere Wochen lang von den

Verwahrung gegen die Heze im Rundfunk

Berlin, 21. August

Der deutsche Botschafter in Moskau und der deutsche Geschäftsträger in Madrid haben bei den diesbezüglichen Regierungen wegen der verheerenden und verleumderischen Propaganda der Rundfunksender gegen Deutsche aufs Schärfste protestiert.

Piraten schiff „Libertad“ bedroht türkischen Dampfer

Was wir vorausgesagt haben, ist nun zu schnell eingetreten. Wie aus Cadix berichtet wird, hat der durch den Zwischenfall mit dem deutschen Dampfer „Kamerun“ bereits unruhig bekannte türkische Kreuzer „Libertad“ am Freitag versucht, auch ein Schiff einer anderen Nation, diesmal ein türkisches Handelsschiff, das sich auf dem Wege nach Cadix befand, zwecks Untersuchung anzuhalten.

es unter diesen Umständen vorzog, die Flucht zu ergreifen.

Polnischer Konsul ermordet

Wie aus Valencia gemeldet wird, ist der dortige polnische Honorar-Konsul Naguera, ein spanischer Staatsbürger, von einer roten Bande ermordet worden. Die polnische Regierung hat in Madrid durch ihren Geschäftsträger eine scharfe Protestnote überreicht lassen, in der Genugtuung für diese Mordtat an einem Konsularvertreter gefordert wird.

Bolschewisten im Rio-Tinto-Bergwerkgebiet, nordwestlich von Sevilla, gefangen gehalten wurden.

Sie berichten u. a., wie die kommunistischen Arbeiter in der Nacht vor ihrer Flucht vor den nationalsozialistischen Truppen 17 Gefangene, darunter zwei vierzehnjährige Knaben, in einem Schlachthaus niedermegelteten. Ein nationalsozi-

alischer Soldat wurde auf einem Traktor festgebunden, mit Benzin übergossen und im Mittelpunkt der Detonation lebendig verbrannt; die übrigen Gefangenen wurden dadurch getötet, daß man Dynamitpatronen in ihre Gefängnisse schleuderte. Beim Einmarsch der nationalsozialistischen Truppen in die Detonation wurde kein einziger Schuß abgegeben.

Und wenn ganz Spanien zerstört werden sollte . . .

Einen bezeichnenden Einblick in die Einstellung der spanischen Faschisten gibt ein Aufsatz des in San Sebastian erscheinenden Blattes „Frente Popular“. Darin heißt es u. a.: „Wir befinden uns mitten im Kriege. Alle unsere Anstrengungen kennen nur ein Ziel, den Kampf bis zur endgültigen Zermalmung des Feindes, wenn es dazu nötig ist. Wenn alles Monumentale und Schöne des Landes, das sich in den Händen der Aufständischen befindet, zerstört werden muß, dann wird es zerstört. Wenn der ganze Heimathoden dem Erdboden gleichgemacht werden muß und die Überlebenden wie die primitiven Inder leben müssen, so wird er dem Erdboden gleichgemacht werden.“

Dem Berichterstatter der „Agence Havas“ in Burgos hat General Mola ein bei einem ge-

fangenen Offizier der Regierungstruppen gefundenes Schreiben der Milizinspektion in Madrid gezeigt. Es trägt, wie der Berichterstatter mitteilt, das Datum des 26. Julius und neben der Unterschrift einen roten Stempel, der einen großen Sowjetkern darstellt. General Mola habe dazu bemerkt: „Kann noch jemand daran zweifeln, daß es sich hier von Anfang an schon um einen Kampf zwischen Nationalisten und Kommunisten handelt?“

General Cabanellas erklärte dem Berichterstatter der „Liberte“ in Burgos, die spanischen nationalsozialistischen Truppen hätten auf den meisten Schlachtfeldern die Leichen von Sowjetrussen gefunden. Dies beweise wohl nur zu Genüge die Verächtigung Stalins in Spanien.

Weitere Meldungen im Inneren des Blattes.

„Dem Beitritt Sowjetrußlands abhängig“

Italiens Antwort an Frankreich in der Nichteinmischungsfrage

Rom, 21. August

Der italienische Außenminister hat am Freitag um 19 Uhr dem französischen Botschafter eine Note überreicht, in der in bedingter Form, nämlich unter Aufrechterhaltung des italienischen Standpunktes über die „indirekte Einmischung“, d. h. über öffentliche Geldsammlungen und Freiwilligenanwerbungen, erklärt wird, daß die italienische Regierung sich verpflichten wolle, die direkte oder indirekte Ausfuhr, die Wiederausfuhr oder den Transit von nach Spanien, nach den spanischen Befehlungen oder der spanischen Marokkone Bestimmungen Waffen, Munition und Kriegsmaterial wie auch von montierten oder auseinandergenommenen Flugzeugen und Kriegsschiffen zu verbieten und dieses Verbot auf alle in Ausfuhr begriffenen Verträge anzuwenden.“

„Diese Erklärung wird“, so heißt es in der Note weiter, „für die italienische Regierung in Wirksamkeit treten, sobald die Regierung in Frankreich, Englands, Portugals, Deutschlands und Sowjetrußlands ebenfalls beigetreten sein werden.“ Außerdem erscheint es der italienischen Regierung wesentlich, daß diese Nichteinmischungsverpflichtung auch von den anderen wichtigen europäischen Staaten mit Kriegsindustrien übernommen wird.

Großrussischer Rätelongrek einberufen. Der Hauptvolkskongress des größten Teilkontes der Rätelunion, nämlich Großrußlands, hat den Großrussischen Rätelongrek für den November dieses Jahres einberufen. Der einzige Punkt der Tagesordnung ist die Annahme der neuen Verfassung.

Zwischen Belgrad und Sofia

Von unserem Südostvertreter

WP, Belgrad, im August.

Die Nähe aller Balkanpolitik ist das Verhältnis zwischen Bulgarien und Jugoslawien. So lange an Stelle Jahrzehnte dauernder Spannungen, die allerdings zeitweise von Annäherungsversuchen unterbrochen wurden, nicht eine feste und dauernde Freundschaft zwischen den beiden Ländern geschlossen werden kann, bleibt die Parole: „Der Balkan den Balkanvölkern“ ein Wunschtraum und ein Schlagwort. Nichts hat das deutlicher bewiesen als die starke Entspannung der konfliktwangeren Atmosphäre, die sofort fühlbar wurde, als der verstorbenen König Alexander von Jugoslawien vor drei Jahren den großen Versuch unternahm, nach Bulgarien zu führen. Kurz nach der Rückkunft von seinem zweiten Besuche bei König Boris trat er die Fahrt nach Marseille an, von der er nicht mehr zurückkehren sollte. Das Versuchungswort aber geriet allmählich wieder ins Stocken und ist bis heute nicht zum Abschluß gelangt. Gerade in diesen Tagen, die nach der letzten bulgarischen Regierungsumbildung die sozialer Politik wieder härter in Fluß bringen, scheint sich indessen das Problem der Beziehungen zwischen Bulgarien und Jugoslawien wieder zu aktualisieren.

Die Tragik des Gegensatzes zwischen den beiden stammverwandten Völkern, der an sich keineswegs unüberbrückbar ist, obgleich Bulgarien als Opfer der Friedenspolitik eine Reihe von berechtigten Forderungen zu erheben hat, lag die ganzen Nachkriegsjahre hindurch weniger in außenpolitischen als in innenpolitischen Vorgängen begründet. Sie nahm nach dem Weltkrieg ihren Ausgang von der Haltung der bulgarischen Agrarpartei, die unter der Führung Stambuljffs einen scharfen republikanischen Linksradius einschlug und die Schaffung eines „großjugoslawischen“ Staates „von den Karawanken bis zum Schwarzen Meer“ zu ihrem Programm erhob. Dieser großjugoslawische „Integralismus“, der übrigens in Jugoslawien einen lebhaften Widerhall fand, und der bis in die Bezirke des Kommunismus hinüberspielende Linksradikalismus der Agrarpartei, der zur Zeit ihrer Regierung zu schweren Zwischenfällen führte, rief in Bulgarien eine starke Gegenwirkung hervor, der schließlich nicht nur Stambuljff und seine Regierung, sondern auch die Gefühle zum Opfer fielen, die sich in Bulgarien für eine Annäherung an Jugoslawien zu entwickeln begonnen hatten. Rechtsregierungen, die die Revisionsforderungen Bulgariens in den Vordergrund stellten, folgten. Die radikalen Organisationen der Mazedonier gewannen in Sofia Anhang und Einfluß.

Inzwischen hatte sich der jugoslawische Partener keineswegs klüger und realpolitischer eingestellt als die bulgarische Linke. Im Gegenteil: Parteien und öffentliche Meinung in Belgrad erteilten aus eigener Machtvollkommenheit der bulgarischen Linken und zumal der Agrarpartei das Monopol auf gute Beziehungen zu Jugoslawien, begannen einen Kampf gegen eine ganze Reihe bulgarischer Regierungen zu führen und machten schließlich dadurch von sich aus jede Annäherungspolitik im voraus schon unmöglich. Der Konflikt, der zeitweise gefährliche Formen annahm, hatte begreiflicherweise auch beträchtliche Folgen auf dem Gebiete der Außenpolitik. Er schwächte die Position beider Länder empfindlich, ermöglichte er zömischen Politik einen ungenutz-